

## ANTI-REZESSIONSPROGRAMM

# 13 Punkte für sichere Arbeitsplätze und eine starke Wirtschaft

Wir müssen nicht nur die Pandemie bekämpfen und den Gesundheitsschutz stärken, sondern gleichzeitig alles dafür tun, um Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit in unserem Land zu erhalten. Daher schlagen wir Freie Demokraten ein Anti-Rezessionsprogramm vor:

### ARBEITNEHMER UND FACHKRÄFTE UNTERSTÜTZEN – IN DER KRISE UND DANACH

- 1 Während der Krise fordern wir eine **Homeoffice-Pauschale** in Höhe von 100 Euro pro Monat. Zudem sollte der erhöhte Stromverbrauch im Homeoffice berücksichtigt und die **Stromsteuer gesenkt werden**.
- 2 **Solo-Selbständige, Schauspieler und Künstler** brauchen ein auf sie zugeschnittenes **Soforthilfeprogramm**, das unbürokratisch und schnell ihre Kosten deckt.
- 3 Mit einer Einkommensteuerreform sorgen wir für **Entlastungen und mehr Steuergerechtigkeit für die arbeitende Mitte**. Dazu gehört das Ende der kalten Progression und die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags rückwirkend zum 1. Januar 2020.
- 4 Mit einem **modernen Arbeitszeitrecht und mehr Homeoffice** wollen wir für mehr Flexibilität und Selbstbestimmung im Arbeitsalltag sorgen.

### BETRIEBE STÄRKEN – ARBEITSPLÄTZE ERHALTEN

- 5 Statt Geld vom Konto abzubuchen, überweist das Finanzamt betroffenen Unternehmen unbürokratisch eine **negative Gewinnsteuer als Soforthilfe** in Abhängigkeit von der im Vorjahr gezahlten Gewinnsteuer.
- 6 Um **Zahlungsfähigkeit** zu erhalten und **Wachstumschancen für Beschäftigung, Innovation und starke Betriebe** zu sichern, schlagen wir vor, dass Selbständige, Freiberufler sowie Betriebe eine nicht rückzahlbare Steuerauszahlung von 80 Prozent des Gewinneinbruchs im Jahr 2020 gegenüber 2019 erhalten können. Daran anschließen muss sich eine wachstumsorientierte Unternehmenssteuerreform.

- 7 Wir brauchen ein **Belastungs-Moratorium** für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen: Keine Steuererhöhungen und keine neue Bürokratie – ab sofort.
- 8 Mit einem Programm für **wachstumsorientierte Sofortabschreibungen** soll die Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro erhöht werden, bei digitalen Wirtschaftsgütern zeitlich befristet auf 2.000 Euro.
- 9 Wir schlagen eine **Zahlungsmoral-Offensive** der öffentlichen Hand vor: Alle offenen Rechnungen, die nicht offensichtlich unbegründet sind, sollten als Krisenbeitrag bis zum 30. Juni 2020 vollständig bezahlt werden.

### CHANCEN VON MODERNISIERUNG UND DIGITALISIERUNG NUTZEN – SMARTE KRISENBEWÄLTIGUNG

- 10 Deutschland muss schnellstmöglich **digitale Lösungen und smarte Apps** bei der Krisenbewältigung nutzen, natürlich unter Beachtung von Datenschutz und-sicherheit.
- 11 Bund und Länder müssen stärker kooperieren und die Schulen modernisieren. Mit einem **Digitalpakt 2.0** müssen digitale Lernmittel, und die Lehreraus-, fort- und-weiterbildung gefördert werden.
- 12 Forschung und Start-ups zur Entwicklung und **Umsetzung neuer Technologien und künstlicher Intelligenz** müssen besser vernetzt und mit einer technologieoffenen und unbürokratischen steuerlichen Forschungsförderung gestärkt werden.
- 13 Wir fordern einen **Digital-Turbo für die öffentliche Verwaltung**: Ab Ende 2020 soll bei Standardprozessen kein Behördengang mehr notwendig sein. Wenn der entsprechende politische Wille vorhanden ist, ist das möglich.



„Sichere Arbeitsplätze sind die beste Voraussetzung dafür, dass die Menschen wieder Mut fassen.“

Christian Lindner